

Migration in Kriegs-
und Krisenzeiten
Klimakrise in Ostafrika
S.3

Dem Frieden ein Gesicht
S.5

Traumata bewältigen
S.6

Migration & Integration Info



Für binnenvertriebene Menschen in afrikanischen Ländern ist die Trinkwasserversorgung durch Katastrophenhilfe oft vordringlich.

Liebe Leserinnen und Leser, Hoffnung ist eine Strategie des Wandels. Hierfür sind fünf wesentliche Änderungen zentral: Hoffnung statt Furcht als Haltung; „dafür“ statt „dagegen“ sein; Lösungen statt Probleme sehen; Gelegenheiten statt Bedrohungen wahrnehmen und von Menschen statt von Opfern sprechen. Ein solches Mindset, eine solche Haltung ist nicht ohnmächtig, sondern gibt Kraft für Veränderung. Krisen können so zu Chancen werden, aus Krieg kann so Frieden und Versöhnung erwachsen.

Deutschland befindet sich seit längerem im Krisenmodus: Nach der Banken- kam die Eurokrise, seit 2015 wird die Flucht von Menschen in die EU als Migrationskrise diskutiert, nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine kamen die Inflation und die sogenannte

Energiekrise. Und wir stecken mitten in der Klimakrise. Die jüngsten Wahlen haben gezeigt, wie wirkmächtig der Ton der aktuellen Debatten um Migration ist, die vor allem angst- und defizitorientiert geführt werden. Dieses Heft widmet sich dem diesjährigen Kampagnenthema der Caritas „Frieden beginnt bei mir“ unter einem ganz spezifischen Blickwinkel: Es will der Frage nachspüren, was Kriege und Krisen eigentlich mit Migration zu tun haben.

Ganz offensichtlich erscheint zunächst, wie der Beitrag auf Seite 2 deutlich macht, dass Krieg und (politische oder wirtschaftliche) Krisen wesentliche Pushfaktoren für Migration sind. Dabei sind die Migrant:innen, die Fliehenden und die Vertriebenen die Leidtragenden von Kriegen und Krisen – nicht die Auslöser. Migration gehört seit

jehrer zur Menschheitsgeschichte und war stets auch ein Anpassungsmechanismus. In den konfliktträchtigen Regionen der Welt – wie am Horn von Afrika, gebeutelt von Bürgerkriegen – und bei unterschiedlich motivierten, nicht zuletzt durch den Klimawandel verschärften Konflikten ist Migration, weit überwiegend innerhalb eines Landes oder einer Region, auch eine Überlebensstrategie. Restriktionen in dieser Hinsicht verschärfen humanitäre Krisen und untergraben die Resilienz der Menschen. Entsprechend plädieren Aurelia Streit und Pau Palop-García in ihrem Artikel auf Seite 3 für die „Anerkennung von Migration als legitime Anpassungsstrategie“.

Der Praxisbericht aus dem durch Krieg, Flucht und Vertreibung geprägten Äthiopien auf Seite 6 richtet den Blick auf das vielversprechende Lösungspotenzial insbesondere von psychosozialer Versorgung. Niedrigschwellige Angebote der lokalen Zivilgesellschaft, aktives Zuhören und Nachbarschaftskreise stärken die Solidarität und weisen einen Weg aus Gewalt und Vertreibung hin zu Gemeinschaft und Zugehörigkeit.

Die aktuellen Debatten verstellen oft die Realität: Wer sich auf einen lebensgefährlichen Weg nach Deutschland beziehungsweise in die EU macht, tut das nicht wegen ein paar Euro mehr Sozialleistungen. Migrant:innen und Menschen auf der Flucht haben oft Schlimmes erlebt. Sie bringen ihre Sorgen und Nöte mit, aber auch ihren Optimismus und ihre Kraft. „Frieden beginnt bei mir“ kann bei den Opfern von Kriegen oder Vertreibung ganz wörtlich heißen, dass Frieden beginnt, wenn der Krieg im eigenen Kopf endet. Dies

macht der Praxisbericht auf Seite 6 deutlich. Niedrigschwellige Stabilisierungsarbeit und frühzeitige psychologische Versorgung sind hierfür essenziell.

Die Caritas bietet nicht nur bei der persönlichen Friedenssuche Unterstützung an, sondern auch beim Sich-Zurechtfinden in einer neuen Umgebung und bezieht dabei alle ein. In ihren Einrichtungen und Diensten bietet sie Eingewanderten Hilfe beim Ankommen. Zugleich trägt sie mit ihrem Engagement für kulturelle und religiöse Vielfalt sowie gegen Ausgrenzung und Rassismus insgesamt zu einem friedlichen Miteinander vor Ort bei, zu gesellschaftlichem Frieden und Zusammenhalt. Das Interview auf Seite 5 bringt das anschaulich ins Wort.

Migration in Kriegs- und Krisenzeiten birgt Potenzial, das die Caritas im In- und Ausland mit ihrer Haltung und ihrem praktischen Engagement zu heben hilft. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und hoffe, die Analysen und Berichte in diesem Heft stärken Ihre Hoffnung und Ihren Glauben daran, dass wir gemeinsam das Morgen zu einem besseren, zu einem friedlichen machen können.

Ihre Andrea Schlenker



PD Dr. Andrea Schlenker
Referatsleitung Migration und Integration; stv. Bereichsleitung, DCV, Freiburg
E-Mail: andrea.schlenker@caritas.de

Themenschwerpunkt

Migrationskrise? Eine dringend notwendige Einordnung

Immer wieder ist Migration Ausgangspunkt für hitzige Talkshow-Debatten und Leitartikel. In der Regel werden diese Debatten angst- und defizitorientiert geführt. Es geht um eine Begrenzung von Zuwanderung, Schutz der EU-Außengrenzen und Geld, welches mutmaßlich in die Herkunftsländer überwiesen wird. All das wird dann, wenig differenziert, unter dem Schlagwort „Migrationskrise“ verhandelt. Diese Debatten haben jedoch das gravierende Manko, dass sie das eigentliche Problem verkennen und zudem die Faktenlage grob missachten. Eine Auseinandersetzung mit dem Begriff „Krise“ kann sehr hilfreich dabei sein, diese verschobene Debatte wieder zu versachlichen und vor allem nicht zu vergessen, wer die wirklichen Leidtragenden sind.

Klimakrise. Ehekrise. Migrationskrise. Welcher der drei Begriffe passt nicht? Wenn Sie jetzt „Migrationskrise“ gedacht haben, liegen Sie richtig. Die anderen beiden Begriffe benennen korrekterweise das,

was krisenhaft ist. Bei der „Migrationskrise“ ist das anders. Denn tatsächlich ist nicht die Migration in der Krise. In einer Krise befinden sich stattdessen zum einen die Menschen selbst, die sich auf den Weg machen, und zum anderen die Verwaltungs- und Aufnahmestrukturen in Europa sowie – mittelbar – auch die politisch-gesellschaftliche Sphäre. Es ist sicherlich in manchen Gemeinden der Fall, dass die Aufnahmemöglichkeiten erschöpft oder sogar überschritten sind. An vielen anderen Orten, gerade in den großen Städten, ist das aber nicht so. Es wäre also ehrlicher (und auch für die Debatte zielführender), wenn man über eine begrenzte Krise der Aufnahmesysteme sprechen würde. Ein Hinweis auf diese semantische Dimension ist dabei mehr als nur reine Sprachspielerei. Vielmehr lässt sich so auf das blicken, was das Problem tatsächlich entschärfen könnte – einen Ausbau von Aufnahmestrukturen beispielsweise, mehr Stellen in der Verwaltung oder entsprechende Integrationskonzepte.

Es braucht die Hinwendung zu Menschen ...

Noch wichtiger als die begriffliche Dimension ist der Blick zu den betroffenen Menschen. Beim Reden über die „Migrationskrise“ geht

es in der Regel um deutsche oder europäische Befindlichkeiten, selten um die Menschen, die eigentlich im Mittelpunkt stehen sollten. Dabei gäbe es hierfür mehr als genug Anlass. So sind in den Jahren seit 2014 mindestens 29.720 Menschen bei der Überfahrt von Nordafrika nach Europa gestorben.¹ Dennoch ist die Zahl der Menschen, die diese Überfahrt versuchen, nicht nachhaltig gesunken.

Das zynische Argument, man dürfe die Seenotrettung nicht zu stark machen, da das ein „Pullfaktor“ sei, ist nicht zu halten. Die Menschen, die sich zu einer solch gefährlichen Überfahrt entschließen, lassen sich von der sehr realistischen Gefahr, dabei zu sterben, offensichtlich nicht abschrecken. Das sollte zu denken geben: Muss ein Mensch, der sich trotz dieser Gefahr dazu entscheidet, nicht sehr gute Gründe haben? Migration ist in der Regel eine Antwort auf Krieg oder langanhaltende und schwerwiegende Krisen wie den Klimawandel und die daraus resultierende fehlende Perspektive. Schließlich bedeutet Flucht auch oft jahrelange Ungewissheit und Wartezeiten in Asylzentren, finanzielle Belastungen und die sehr reale Gefahr von Gefangennahme, Folter oder Ausbeutung.

... und nicht das Wegducken

Was sind denn eigentlich die Realitäten der europäischen Migrationspolitik, und welche Konsequenzen hat sie? Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) hat 2023 die ungeheuerliche Zahl von 117 Millionen Menschen weltweit als „forcibly displaced“, als gewaltvoll vertrieben, eingestuft. Von ihnen sind 65,5 Millionen intern Vertriebene, sie halten sich also innerhalb ihres Herkunftslandes auf. 37,3 Millionen erfüllen die Definition als „Flüchtling“ nach der Genfer Flüchtlingskonvention, wovon die Mehrheit innerhalb der Region flieht. In der Folge halten sich drei Viertel der Geflüchteten in ärmeren Ländern auf, in „low and middle income countries“, ein Fünftel sogar in den am wenigsten entwickelten Ländern. Die reichen Industriestaaten nehmen nur rund ein Viertel aller Flüchtlinge auf. Das zeigt sich auch an den Hauptaufnahmeländern. Auf den ersten beiden Plätzen liegen der Iran und die Türkei mit je 3,8 beziehungsweise 3,3 Millionen aufgenommenen Flüchtlingen. Deutschland bildet mit 2,6 Millionen insoweit eine Ausnahme, es hält den vierten Platz.² Diese kleine Übersicht zeigt, dass ein Großteil der Vertriebenen weltweit ihr Land nicht verlässt oder lediglich in ein Nachbarland flieht. Die daraus entstehenden Belastungen müssen von diesen Ländern bewältigt werden – und kaum von der EU.

Das führt zu einem letzten Aspekt: der Auslagerung von Kontrollmechanismen in andere, nichteuropäische Staaten, auch Externalisierung genannt. Das Muster ist dabei immer recht ähnlich. Grenzschutz- und Polizeibehörden von Drittstaaten erhalten Finanzmittel, technische Ausstattung, Fahrzeuge und Trainings von der EU und sollen im Gegenzug Migrant:innen schon in ihrem Land an der Weiterreise hindern. Wohin das führt, zeigt das Beispiel Libyen auf traurige Art und Weise. Wie sich dort die Lage für Migrant:innen gestaltet, ist mittlerweile gut durch Studien von Nichtregierungsorga-

nisationen oder internationalen Organisationen wie dem UN Human Rights Council gezeigt worden: Willkürliche Verhaftungen, Menschenhandel, Folter, Morde und schwere sexualisierte Gewalt sind in großem Ausmaß nachgewiesene Realität.³ Damit unsere „Krise“ etwas kleiner ausfällt, nehmen wir eine echte, tagtägliche humanitäre Krise sehenden Auges in Kauf.

Eine andere Perspektive

Beim Sprechen über Migration erscheint es mir wichtiger denn je, darauf zu achten, dass die Maßstäbe nicht verrutschen. Es ist klar, dass die plötzliche Aufnahme vieler Menschen, die die lokalen Gegebenheiten nicht kennen, herausfordernd sein kann. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass versucht wird, aus dem Thema politisches Kapital zu schlagen, und das Problem in der Öffentlichkeit zugespitzt wird. Das Sprechen von einer „Migrationskrise“ verdeckt zudem tatsächliche Lösungsstrategien, nämlich eine Stärkung der Aufnahme-Infrastruktur und Verwaltung sowie Möglichkeiten für geregelte Arbeitsmigration. Nicht zuletzt sollte auch nicht unterschlagen werden, dass Deutschland, aber auch die Europäische Union insgesamt aktuell eine Strategie verfolgen, die zwar sehr krisenbezogen ist, die wahren Krisen aber nur am Rande beachtet und bearbeitet. Ein Perspektivwechsel, der über den eigenen Tellerrand hinausgeht und sich den eigentlichen Krisen zuwendet, wäre ein wichtiger Schritt.

Jan Schaller

Lehrt und forscht an der Hochschule Zittau/Görlitz und promoviert an der Universität Osnabrück zur Governance irregulärer Migration an den Außengrenzen Europas

Anmerkungen

1. <https://missingmigrants.iom.int/region/mediterranean>
2. www.unhcr.org/refugee-statistics (Stand 20. Juni 2024)
3. www.ohchr.org/en/hr-bodies/hrc/libya/index

Wie kann ein positives Narrativ von Migration in Krisenzeiten schützen? – Lehren im Umgang mit dem Klimawandel aus dem Horn von Afrika

Das Horn von Afrika ist eine der konfliktträchtigsten Regionen der Welt und eines der größten Epizentren für Flucht und Vertreibung. Mit fast 64 Millionen Menschen, die Unterstützung benötigen, wird die Region im Jahr 2024 fast 22 Prozent der weltweiten humanitären Hilfe in Anspruch nehmen. Der Bürgerkrieg im Sudan und der Konflikt in der Region Tigray in Äthiopien gehören derzeit zu den größten humanitären Krisen. Der Klimawandel verschärft sie noch. Lange Trockenperioden, dann wieder Überschwemmungen bedrohen die Existenz der lokalen Bevölkerung. Ernteausfälle und der Tod von Nutztieren verschlechtern die Lebensgrundlagen. »

Derzeit befinden sich circa fünf Millionen Geflüchtete in Nachbarstaaten, etwa 18 Millionen sind Binnenvertriebene. Die Mehrheit der Schutzsuchenden kommt aus dem Südsudan mit mehr als zwei Millionen grenzüberschreitend und acht Millionen binnenvertriebenen Menschen.

Migration ist kein neues Phänomen in der Region. Seit Jahrhunderten gehört sie zur Lebensweise vieler lokaler Bevölkerungsgruppen wie zum Beispiel von Weidewirtschaft geprägter Gemeinschaften dazu. Um die 80 Millionen Menschen in der Region beziehen ihre Existenz von Viehzucht und Ackerbau. Diese traditionelle Subsistenzwirtschaft gerät durch den Klimawandel zunehmend in Bedrängnis. Auf eine Jahrhundert-Dürre mit über fünf Jahren ohne Regen und drastischen Folgen für die Ernährungssicherheit folgten starke Regenfälle und Überschwemmungen, die zu zwei Millionen Binnenvertriebenen führten.

EU-Migrationspolitik in Afrika verhindert regionale Freizügigkeit

Diese traditionellen Lebensweisen werden nicht nur durch den Klimawandel in Gefahr gebracht. Im Jahr 2015 rückte das Interesse der Europäischen Union an einer Begrenzung irregulärer Migration und Rückführung von Migrant:innen in den Vordergrund der europäischen Zusammenarbeit mit Afrika. Der beim Valletta-Migrationsgipfel von 2015 ausgehandelte Aktionsplan zu Migrationsbewegungen ist dafür typisch. Im Zentrum stehen die Bekämpfung irregulärer Migration und die Verfolgung von Schleppern sowie die Rückführung in afrikanische Herkunftsstaaten. Es gibt Referenzen zu regionaler Freizügigkeit, aber Migration als Adaptionsmechanismus in der Region zu ermöglichen spielt keine Rolle. Der sogenannte EUTF, der Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika, verknüpft Entwicklungszusammenarbeit mit der Bekämpfung irregulärer Migration und bezieht regionale Freizügigkeit als Lösungsstrategie kaum ein.

Die Bestrebungen der EU, Migration zu begrenzen und die Errichtung von Grenzen zu fördern, entsprechen nicht den Interessen und Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung am Horn von Afrika. Sie schränken Möglichkeiten der Flucht vor extremen Klimaereignissen wie Dürren und Überschwemmungen ein und blockieren den Zugang zu neuen Lebensgrundlagen. Sie verschärfen die bestehende humanitäre Krise und untergraben die Resilienz der betroffenen Gemeinschaften. Personenfreizügigkeit ist jedoch für viele betroffene Bevölkerungsgruppen nahezu lebenswichtig, sie wird daher in vielen politischen Agenden des afrikanischen Kontinents als wesentliche Voraussetzung für einen grenzenlosen und wirtschaftlich integrierten Kontinent genannt. Die Anerkennung von Migration als legitime Anpassungsstrategie ist unabdingbar, um Lebensgrundlagen in einem sich verändernden Klima sicherzustellen.

Regionale Zusammenarbeit und Freizügigkeit sind entscheidend für die Bewältigung klimabedingter Migration und Vertreibung. Ostafrika einschließlich des Horns von Afrika ist hier federführend, die

Kampala-Konvention und das „Intergovernmental Authority on Development (IGAD)“-Protokoll sind dafür ermutigende Beispiele.

Die meisten Migrationsbewegungen auf dem afrikanischen Kontinent zielen nicht auf die EU, sondern finden (nach wie vor) innerhalb der Länder statt – meist vom Land in die Stadt. Binnenvertreibung spielt (auch) in klimabedingter Migration eine große Rolle. Die bereits 2009 verabschiedete Kampala-Konvention schafft einen afrikanischen Rechtsrahmen zur Verhinderung von Binnenvertreibung, zum Schutz und zur Unterstützung von Menschen während der Vertreibung und zur Bereitstellung dauerhafter Lösungen für Vertriebene. Dabei ist der Rechtsrahmen sogar ambitionierter als bestehende UN-Leitlinien zur Binnenvertreibung.

Die IGAD ist eine regionale Organisation von Staaten am Horn von Afrika, sie hat im Jahr 2021 das IGAD-Protokoll zur Personenfreizügigkeit beschlossen. Das Abkommen erkennt Umweltkatastrophen explizit als Migrationsursache an und eröffnet Schutzmöglichkeiten für Betroffene klimabedingter Migration. Es ermöglicht nicht nur jenen, die vor einer Katastrophe fliehen mussten, sich in den Nachbarländern in Sicherheit zu bringen. Sondern das Abkommen stellt auch sicher, dass sie erst dann in ihre Heimat geschickt werden, wenn ihre Rückkehr sicher und zumutbar ist. Das IGAD-Protokoll ist demnach ein wichtiger Meilenstein, da es Migration als Strategie der Anpassung an Umweltzerstörung und Klimawandel anerkennt.

Somit nehmen die Staaten am Horn von Afrika eine Vorbildrolle für andere Regionen ein, die mit klimatischen Herausforderungen konfrontiert sind. Tatsächlich hat der EUTF die Entwicklung des IGAD-Protokolls zur Personenfreizügigkeit unterstützt, wenn auch mit vergleichsweise geringen finanziellen Fördermitteln. Anders sieht dies beispielsweise in Westafrika aus, wo für die EU weiterhin das Reduzieren irregulärer Migration eine wichtigere Rolle als regionale Freizügigkeit spielt.

Migration bleibt ein wichtiger Mechanismus, auf den besonders die ländliche Bevölkerung angewiesen ist, um auf klimatische Veränderungen zu reagieren. Migration, die zumeist im eigenen Land stattfindet, minimiert den Verlust von Menschenleben, Ökosystemen und Lebensgrundlagen. Bei Konflikten, die durch den Klimawandel verstärkt werden, kann Migration ein wichtiger Mechanismus zum Schutz der Lebensgrundlagen und der Würde der Menschen sein, welcher von internationaler Seite ermöglicht und nicht durch Migrationsabkommen verhindert werden sollte. Wie Hein de Haas, ein renommierter Migrationsforscher, kürzlich argumentierte, brauchen wir neue ganzheitliche Narrative über Migration, die die aktuelle Erzählung überwindet, wonach Migration entweder ein zu lösendes Problem oder aber die Lösung aller Probleme sei.

Aurelia Streit und Dr. Pau Palop-García

Migrationsforscher:innen am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM-Institut e.V.), E-Mail: streit@dezim-institut.de, palop-garcia@dezim-institut.de

NACHGEFRAGT

Integrationsarbeit ist ein Beitrag zum Frieden

Frieden beginnt bei mir.



Wie Christian Frieden stiftet: caritas.de/frieden



Mit Christian Manshausen, Finanzsachbearbeiter im Bereich Soziale Integration im Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln, sprach Elke Tießler-Marenda für das „Migration und Integration-Info“ darüber, warum er auf einem Caritasplakat dem Frieden sein Gesicht gibt.

Herr Manshausen, Sie sind im Rahmen der Caritaskampagne 2024 als Friedensstifter zu sehen. Wie kam es dazu?

Das Thema Jahreskampagne hatte ich, ehrlich gesagt, zu der Zeit gar nicht auf dem Schirm. Meine Kollegin aus der Öffentlichkeitsarbeit fragte, ob ich mir vorstellen könnte, mich für die Caritas-Kampagne 2024 fotografieren zu lassen.

Sie wirken an den Angeboten der Caritas für geflüchtete und andere eingewanderte Menschen mit. Wo sehen Sie da einen Zusammenhang mit dem Friedenstiften?

Mit Mitteln der Länder, des Bundes sowie der EU finanziert, bieten wir unter anderem Erstberatung zur Orientierung und zum Sich-Zurechtfinden in der neuen Situation, dazu Angebote zur mittel- und langfristigen Integration sowie zum Empowerment. Dies

hilft, ein wenig Frieden in der herausfordernden Situation zu schaffen, in der sich diese Menschen befinden. Durch landesgeförderte Integrationsfachkräfte zum Beispiel werden Antidiskriminierungsarbeit, interkulturelle Öffnung oder bürgerschaftliches Engagement von und für Menschen mit Migrationshintergrund unterstützt. Dies hilft nicht nur zugewanderten Menschen, sondern trägt auch zu einem respektvolleren Umgang sowie einem besseren Verständnis und zur Akzeptanz in der Gesellschaft bei.

Wenn Menschen kommen, die vor Kriegen oder Krisen fliehen: Können Sie helfen, dass sie ihren Frieden finden?

Das Projekt „Deine.ART“ im Rahmen des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) zum Beispiel bietet zugewanderten Menschen eine Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe durch Kunst und Kultur. Es fördert Selbstbewusstsein und Selbstwahrnehmung; die Entwicklung der eigenen Stärken und Talente steht hier im Vordergrund.

Migration oder Flucht können sehr belasten. Hilft die Arbeit der Caritas, solche Folgen zu lindern – etwa indem auseinandergerissene Familien wieder zueinander finden?

Ein Beispiel ist die Bearbeitung von Anträgen zu Familienzusammenführungen. Familien, die durch Flucht oder Kriege getrennt leben, werden bei den Reisekosten finanziell unterstützt.

Haben Sie das Gefühl, dass die Integrationsarbeit der Caritas auch zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beiträgt – und damit zum inneren Frieden?

Ganz bestimmt. Die Caritas bietet nicht nur Hilfen für Betroffene an, sie versucht auch deren sowie gesamtgesellschaftliche Interessen in Politik und Öffentlichkeit zu vertreten. Daher setzen wir uns auch für kulturelle und religiöse Vielfalt ein. Das soziale Engagement geht weit über die Arbeit hinaus. Auch im Privaten sind viele Kolleginnen und Kollegen sozial engagiert. Sei es bei der Armutsbekämpfung, im Vereinswesen oder beim Engagement für Umwelt oder soziale Gerechtigkeit. Hier wird immer wieder deutlich, wie viel ehrenamtliche Arbeit von der Gesellschaft getragen wird und wie wichtig sie ist.

„Frieden beginnt bei mir“ – dem Krieg im eigenen Kopf begegnen

„Der Krieg, die Bilder, das ist immer noch in meinem Kopf“ – dies war eine der häufigsten Aussagen, wenn geflüchtete Menschen mir in der Beratung erzählten, dass sie nicht mehr schlafen konnten oder von Albträumen geplagt wurden. Die Bewältigung individueller negativer Erfahrungen und Traumata vor der Flucht oder im Zusammenhang mit Migration stellt eine komplexe Herausforderung dar.

Der gesellschaftliche Umgang mit Traumata ist eine wesentliche Voraussetzung für die Heilung. Resilienz und Unterstützungssysteme spielen eine wichtige Rolle. Der Kontakt zu den Angehörigen im Heimatland ist für die Menschen nicht zu unterschätzen – mit positiven und negativen Aspekten. Durch die sozialen Medien ist es einfacher geworden, in Kontakt zu bleiben, aber es kann es auch zu innerer Anspannung führen, wenn nicht sofort geantwortet wird oder die geflüchtete Person durch Fotos und Berichte gewalttätige Ereignisse im Herkunftsland „miterlebt“. Das „Kopfkino“ und der empfundene Kontrollverlust können alles überlagern. Die Trennung von der Familie kann blockieren, deshalb ist Familienzusammenführung elementar. Man kann sich nur dann mental auf Neues einlassen, wenn die Sorge um die Familie nachlässt. Ansatzweise lässt sich das nachvollziehen, wenn man an die Kontaktbeschränkungen durch die Coronapandemie zurückdenkt.

Ich habe auch immer wieder erlebt, dass sich geflüchtete Menschen schuldig fühlen: weil sie überlebt haben, weil sie in Deutschland „in Sicherheit“ sind, weil sie jetzt hier ein besseres Leben führen, während Angehörige es nicht geschafft haben. Etwas Schönes zu erleben haben sie sich selber untersagt. Im Gespräch mit einem jesidischen Mädchen aus dem Sonderkontingent Nordirak kam die Frage auf, ob sie sich in Deutschland „sicher fühle“. Sie hatte große Angst, die Unterkunft zu verlassen: „In meinem Kopf ist jeden Tag Krieg. Mein Körper ist zwar hier, aber meine Seele, meine Gedanken sind im Nordirak geblieben. Es ist immer Krieg in meinem Kopf, weißt du.“ In diesem Moment wurde mir wieder einmal bewusst, dass wir glauben, dass die Menschen hier in Sicherheit sind und zur Ruhe kommen können. Aber die Ereignisse haben sich eingebrannt, und es ist eine komplexe Herausforderung, damit umzugehen.

Es kann entscheidend sein, frühzeitig psychologische, psychosoziale Erstversorgung anzubieten wie das Beratungsangebot „Omid – frühe Hilfen für traumatisierte Geflüchtete“ der Caritas Stuttgart. Diese niederschwellige Stabilisierungsarbeit findet vor Ort in den Flüchtlingsunterkünften statt. Omid bietet vertrauliche Einzelgespräche an und wird ergänzt durch Gruppenangebote sowie Bewegungs- und Entspannungsangebote. Der Traumatherapeut Professor Jan Ilhan Kizilhan, der das Projekt begleitet hat, empfiehlt in einem Förderantrag, „es in die Regelversorgung der Betreuung von Geflüchteten in ganz Baden-Württemberg und insgesamt in Deutschland als lege artis zu implementieren“.

Mit Omid, persisch für Hoffnung, wollen wir Betroffenen ein Stück Ruhe und Frieden geben, indem wir sie durch die Förderung ihres Selbstwertgefühls und die Wiederherstellung ihrer Entscheidungsfindungsfähigkeit stabilisieren. Elyas, aus Somalia geflüchtet, sagte in einem Interview: „Erst seitdem ich im Projekt Omid aufgenommen bin, ist mir bewusst, dass ich wirklich in Deutschland bin und als Mensch anerkannt werde.“

Mehr per Kurzlink: <https://t1p.de/omid2> (Filmtipp: <https://t1p.de/omid1>)

Sabrina Gasmi-Thangaraja

*Bereichsleiterin, Bereich Migration und Integration,
Caritasverband für Stuttgart e. V., E-Mail:
s.gasmi-thangaraja@caritas-stuttgart.de*

Der mentale Preis langjähriger Gewalt – lokale Caritasverbände in Äthiopien

Äthiopien befindet sich in einer tiefen Krise, in den letzten vier Jahren haben beinahe alle seine Regionen Gewalt erfahren. Bürgerkriege in den Regionen Tigray, Amhara und Oromia haben die Zivilbevölkerung schwer in Mitleidenschaft gezogen und gesellschaftliche Gräben vertieft. Während der Konflikt in Tigray noch öffentliche Resonanz fand, tun das die aktuell weiter schwelenden bewaffneten Konflikte in Amhara und Oromia kaum noch. Aktuell gibt es mindestens vier Millionen intern Vertriebene in Äthiopien.

Neben den aus Vertreibung und Gewalt erwachsenden Bedarfen an Nothilfe für Nahrung, Wohnung, Wasser und gesundheitliche Versorgung beschäftigen sich die lokalen Partnerorganisationen der Caritas in Äthiopien zunehmend mit dem psychosozialen Zustand der Vertriebenen sowie der lokalen Bevölkerung in gewaltbetroffenen Regionen.

Die Bedarfe sind riesig. Laut den Vereinten Nationen benötigen allein in Tigray mindestens 1,3 Millionen Menschen psychosoziale Unterstützung sowie über 290.000 psychologische Versorgung für schwere Symptome. In Amhara brauchen aktuell mindestens 1,6 Millionen Menschen mentale Gesundheitsleistungen und mehr als 370.000 Menschen spezialisierte Angebote.¹ In anderen Regionen deuten sich ähnlich hohe Bedarfe an. In Umfragen im von Dürre und Gewalt betroffenen südlichen Teil Äthiopiens wurden bei 60 Prozent der befragten Vertriebenen stressbedingte Symptome festgestellt.² Dem gegenüber stehen laut der äthiopischen psychiatrischen Gesellschaft 120 praktizierende Psychiater:innen. Dieses krasse Missverhältnis zwischen Hilfsmöglichkeiten und Bedarf bedeutet ein großes gesellschaftliches Risiko, es mündet nach unseren Erfahrungen häufig im Zerfall von Familien- und Gemeindestrukturen und speist Gewaltzyklen.

Aber wie steht es um das Problemlösungspotenzial? Gemeinsam mit Misereor und Brot für die Welt hat Caritas international 2024 eine Studie in Auftrag gegeben, um lokale Ansätze in der psychosozialen

Schwester Medhin von den Daughters of Charity in Mekelle, Region Tigray, im Gespräch mit einer vom Konflikt betroffenen Frau.



Versorgung zu dokumentieren und ihr Potenzial auszuloten. Die daraus resultierende Studie³ zeichnet ein beeindruckendes Bild des Potenzials der äthiopischen Zivilgesellschaft, die unter sehr schwierigen Bedingungen wichtige Hilfe leistet. In der spirituell geprägten äthiopischen Gesellschaft können glaubens- und gemeindebasierte Ansätze in der psychosozialen Beratung ein niedrigschwelliges Angebot liefern. Traditionelle Heiler:innen, Kirchen, Moscheen und Gemeindevereine spielen eine große Rolle im Leben eines Menschen. Organisationen, die zusammen mit diesen Gruppen niedrigschwellige Angebote wie zum Beispiel aktives Zuhören und Nachbarschaftskreise aufbauen und damit lokale Mechanismen der Solidarität und gegenseitigen Hilfe stützen, können daher viel bewirken.

Ein besonders hervorzuhebendes Beispiel ist dabei die Arbeit der Daughters of Charity in Tigray, deren Arbeit auch von Caritas international unterstützt wird. Bei den Barmherzigen Schwestern kommt der sogenannte HAL-Ansatz⁴ zum Tragen, im Rahmen dessen sich Gruppen zu einem Austausch treffen, bei dem belastende Erfahrungen diskutiert und durch aktives Zuhören zumindest teilweise verarbeitet werden können. Diese Sitzungen nutzen oft im traditionellen äthiopischen Leben verankerte Rituale wie Kaffezeremonien oder gemeinsame Gebete, um einen Sinn für Zusammengehörigkeit zu stärken und den Teilnehmer:innen ein Gefühl der Vertrautheit und Verbundenheit zu vermitteln. Geschulte Schwestern und Laien betreuen dabei Gruppen von bis zu zehn Menschen. Gruppen werden dabei nach sozialen Merkmalen sowie gemeinsamen Erfahrungen wie sexueller Gewalt oder dem Verlust von Familienmitgliedern ausgewählt, um Stigmatisierung zu vermeiden und Offenheit zu fördern. Nach Möglichkeit werden diese niedrigschwelligeren Angebote zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft mit materieller Hilfe wie einkommenschaffenden Maßnahmen unterstützt. Auf diesem Weg konnte durch die Daughters of Charity sowie weitere lokale Organisationen in Äthiopien Tausenden geholfen werden.

Doch auch dieser Ansatz birgt Herausforderungen. So haben auch in beinahe allen lokalen Organisationen in Tigray Mitarbeiter:innen schwere persönliche Verluste erlitten und wurden Zeug:innen unglaublicher Gewalt. In den Worten einer Mitarbeiterin: „Wir sind alle traumatisiert.“ Ein zentrales Problem ist also auch die Supervision derer, die durch das aktive Zuhören das Leid anderer Menschen zu lindern versuchen.

Trotz der massiven Herausforderungen zeigt sich das große Potenzial lokal verankerter Ansätze der äthiopischen Zivilgesellschaft, Menschen in ihrer Lebensrealität abzuholen und ihnen einen Rückweg aus Gewalt und Vertreibung hin zu Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit aufzuzeigen. Caritas international hofft darauf, dass solche Ansätze auch international mehr Aufmerksamkeit bekommen und in Zukunft fester Bestandteil internationaler Förderprogramme werden, damit die lokale Zivilgesellschaft ihr großes Potenzial zur Versorgung des enormen Bedarfs in Äthiopien nutzen kann.

Lukas Müller

Projektreferent Afrika bei Caritas international

E-Mail: lukas.mueller@caritas.de

Anmerkungen

1. www.afro.who.int/countries/ethiopia/news/scaling-mental-health-and-psychosocial-support-conflict-settings
2. www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC7548318/ und <https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/35177942/>
3. LINDORFER, S.; TIBEBE, A.; MELESE, D.: *I was buried under ground, but now my mind is free.* Im Erscheinen.
4. HAL: *Helpful Active Listening – hilfreiches aktives Zuhören.*

NACHGEDACHT



Martina Liebsch

*Geschäftsführerin
des Kath. Forum
Leben in der Illegalität
und der AG gegen
Menschenhandel
E-Mail: info@
forum-illegalitaet.de*

Mit friedlicher Energie

Das Wort „Frieden“ hat Hochkonjunktur, in den verbalen Äußerungen und in den Sehnsüchten der Menschen. Frieden be-

ginnt bei mir, richtig! Offen auf die Menschen zugehen, in konstruktive Gespräche einsteigen und eigene Vorurteile abbauen. Am Miteinander arbeiten!

So eine kleine Zelle ist der Chor, zu dem ich jüngst gestoßen bin. Menschen unterschiedlichster Herkunft bezüglich Nationalität und Lebenserfahrung treffen sich zum Singen. Bunt zusammengewürfelt, alle mit der Sehnsucht danach, beheimatet zu sein. Hier entsteht Frieden in mir und mit anderen. Faszinierend!

Beim Betrachten des Weltgeschehens werde ich eher unruhig und „unfriedlich“: Konflikte, rechtsextreme Ideologien, in einigen Ländern Führungspersönlichkeiten, die eher spalten als Frieden zu stiften, aber zum Teil demokratisch gewählt wurden. Als eine, die an die EU als Werteunion glaubt, und nach 40 Jahren Migrationsarbeit auf verschiedenen Ebenen bin ich ernüchert. Die EU und ihre Mitgliedstaaten möchten Asylverfahren für Menschen, die in Europa Schutz suchen, in Drittstaaten verlagern. Expert:innen weisen darauf hin, dass bei einem solchen Projekt Menschenrechtsverletzungen sehr wahrscheinlich stattfinden werden. Ein Mitglied des Bundestages sagte kürzlich, es sei Hybris, davon auszugehen, dass nur

Deutschland vernünftige Asylverfahren durchführen könne, andere, zum Beispiel stabile afrikanische Länder, könnten das auch. Aber es geht nicht darum, anderen die Fähigkeit zu Asylverfahren abzuschreiben, sondern um die menschenrechtlichen Verpflichtungen, die Deutschland eingegangen ist. Außerdem nehmen die stabilen Länder in Afrika und anderswo schon eine große Zahl Geflüchteter auf. Wir lagern also die vergleichsweise wenigen Flüchtlinge, die zu uns kommen, dahin aus, wo schon die meisten sind. Ist das Solidaritäts- oder friedensstiftend? Was macht das mit unserer Gesellschaft? Überall auf der Welt werden Konflikte angeheizt oder neu angezettelt, mit der Beteiligung von Regierenden und Wähler:innen, und dann wollen wir die Konsequenzen daraus nicht tragen? Das scheint mir zynisch. Wir haben als wohlhabendes Land eine Verantwortung, die wir in Fragen der Menschenrechte nicht einfach delegieren können. Ich möchte keine Politik nach dem Aus-den-Augen-aus-dem-Sinn-Prinzip. Es fällt mir ein hartes Wort dafür ein, wie man dieses Vorgehen auch bezeichnen könnte: „staatlicher Menschenhandel“.

Aber vielleicht ist es gerade in den Momenten, die uns aussichtslos erscheinen, wichtig, friedliche Energie im Dialog mit anderen über mentale und faktische Grenzen hinweg zu tanken. Um gemeinsam Lösungen zu diskutieren, die unseren Verpflichtungen genügen und Geflüchtete schützen.

Martina Liebsch

IMPRESSUM

www.caritas.de

Redaktion: PD Dr. Andrea Schlenker (verantwortlich), Dr. Elke Tießler-Marenda, Klemens Bögner (neue caritas)
Karlstraße 40, 79104 Freiburg

Redaktionssekretariat: Christine Rautenberg, E-Mail: migration.integration@caritas.de

Vertrieb: Bettina Weber, Lambertus-Verlag GmbH; Tel. 07 61/3 68 25-0, Fax: 3 68 25-33, E-Mail: neue-caritas@lambertus.de

Titelfoto: Caritas international/Lukas Müller

Nachdruck und elektronische Verwendung nur mit schriftlicher Genehmigung. Herausgegeben vom Referat Migration und Integration, Deutscher Caritasverband e. V. in Freiburg

